

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Vertriebsorg.: Drag II, Refuganla 15 • Teleph.: 26793, 31460, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 57544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Post)

12. Jahrgang.

Dienstag, 7. Juni 1932

Nr. 134.

Bereitetes Attentat auf Mussolini?

Der Mann, mit den zwei Bomben und dem Revolver.

Rom, 5. Juni. (Stefani.) Die Polizeiwache verhaftete gestern nachmittags einen verdächtigen Mann, der — wie sich später herausstellte — einen falschen schweizerischen Paß auf den Namen Salini Angelo hatte, während sein richtiger Name Scardello Otto Angelo ist.

Scardello, der schon längere Zeit in den Vorbereitungen der Polizei geführt wurde, kam aus dem Auslande nach Italien. Als er verhaftet wurde, hatte er zwei Bomben bei sich, die einen sehr starken Explosivstoff beinhalten. Außerdem wurde bei ihm ein geladener Revolver gefunden. Scardello gestand, daß er in der Nähe des Benediger-Platzes, wo sich der Sitz des Regierungschefs befindet, einen geeigneten Augenblick abwarten wollte, um ein Attentat auf Mussolini zu unternehmen.

Scardello soll gestanden haben, mit in Frankreich und in Belgien lebenden Anisfasisten in Verbindung gestanden zu sein, am Brenner heimlich die italienische Grenze überschritten und sich in Provinzstädten bei Rom ausgehalten zu haben, von wo aus er mit tagsüber in die Hauptstadt kam. Weiter gestand er, daß er bereits bei dem Leichenzug Anita Garibaldis und am Samstag bei der Denkmalsweihe auf dem Janiculum ein Attentat ausführen wollte. Scardello machte sich am Samstag nachmittags in einer Bar am Venezia-Platz verdächtig.

49 Prozent Nazis in Mecklenburg.

Die Sozialdemokraten holen gegenüber 1931 auf.

Schwerin, 6. Juni. Die gestrigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin haben nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen folgendes Resultat gebracht:

Sozialdemokraten 108.358 St., 18 %;
Kommunisten 26.962 St., 5 %;
Nationalsozialisten 177.029 St., 30 %;
bürgerliche Mitte 7635 St., 1 %;
Deutschnationale 32.875 St., 5 %;
nationale Arbeitsgemeinschaft 7482 St., 1 %;
sozialistische Arbeiterpartei 952 St., 0 %.

Nach den ersten Meldungen hätten die Kommunisten nur vier Mandate und die Sozialdemokraten nur vier Mandate und die Sozialdemokraten somit eine absolute Mehrheit von 30 : 29 Mandaten gehabt. Nach einer späteren Meldung des Landeswahlleiters erhalten die Kommunisten jedoch ein fünftes Mandat, so daß das Verhältnis 30 : 30 beträgt.

Das Anwachsen der Nationalsozialisten, die mit rund 49 Prozent die Position vom zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl gehalten haben, geht auf Kosten der kleineren Parteien der rechten Mitte, die von früher zwölf Mandaten nur ein einziges behaupten konnten, aber auch auf Kosten der Deutschnationalen.

Die Sozialdemokraten haben gegenüber den Wahlen von 1930 etwa 16.000 Stimmen verloren. Gegenüber den Gemeindevahlen vom Vorjahr zeigt sich jedoch bereits fast allgemein ein Wiederaufstieg der sozialdemokratischen Stimmen, der in einigen Bezirken 10 bis 20 Prozent beträgt. Die Kommunisten hielten ihre Stimmenzahl von 1930 annähernd aufrecht.

Auf Grund dieses Wahlergebnisses berechnet die Presse, daß die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen in ganz Deutschland etwa 41 Prozent, zusammen mit den Deutschnationalen etwa 47 Prozent aller Stimmen erhalten würden.

Wahlen in Rumänien.

Ein Kabinett Bajda gebildet.

Bukarest, 6. Juni. Da sich eine Regierung der nationalen Konzentration als unmöglich erwies, weil die Liberalen den Eintritt in eine solche ablehnten und da Titulescu die Mission, an der Spitze eines Kabinetts der teilweisen Konzentration zu stehen, zurücklegte, berief der König den Führer der transilvanischen Gruppe der nationalen Bauernpartei, Bajda Bojovod, der eine Regierung aus Mitgliedern der nationalsozialistisch-jaransischen Partei bildete. Bajda übernahm außer dem Präsidium auch noch das Außenministerium.

Aufgabe des neuen Kabinetts wird die unverzügliche Durchführung von Neuwahlen sein, worauf erst über die definitive Lösung der Regierungfrage erwogen werden wird.

31. Juli — Reichstagswahl.

Berlin, 6. Juni. Der Reichspräsident hat heute abends eine Verordnung unterzeichnet, durch die als Termin der Reichstagswahlen der 31. Juli 1932 festgelegt wird.

Der Mann der die Sozialpolitik restringieren soll.

Berlin, 6. Juni. Der Reichspräsident hat heute den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Das Ministerium wurde vom Reichskanzler in den letzten Tagen etwa einem Dutzend verschiedener Persönlichkeiten angeboten, doch

konnte sich keine von ihnen entschließen, die unangenehme Aufgabe, die Sozialpolitik zu restringieren, anzunehmen.

Der neue Minister ist politisch zwar bisher nicht hervorgetreten; er war jedoch in der Zeit des Ruhrkampfes finanzieller Direktor der Firma Krupp.

Brüning rechtfertigt sich.

Berlin, 6. Juni. Die Mitglieder des Kabinetts Brüning veröffentlichten eine längere Erklärung gegen die Proklamation der neuen Regierung. Sie erklären darin, daß sie der Verschiebung der Verantwortlichkeit entgegenzutreten müssen. Gegenüber dem Vorwurf, die Finanzen nicht der Verarmung des Landes angepaßt zu haben, verweisen sie darauf, daß das Kabinett Brüning eine riesige schwebende Schuld übernehmen mußte, aber keine neuen Schulden gemacht habe, wohl aber Hunderte von Millionen für die Sanierung von Banken und Industriewerken und Genossenschaften ausgeben mußte. Die Ausgaben des Reiches seien in den Jahren 1930 bis 1932 um sechs Milliarden Mark gesenkt worden, die Währung sei trotz allen Stürmen behauptet worden.

Aus dieser Arbeit sei das Kabinett plötzlich herausgerissen worden und dadurch seien seine Pläne zur Versorgung von 60.000 Menschen bei Notstandsarbeiten und im freiwilligen Arbeitsdienst sowie das Siedlungswerk verhindert worden.

Zum Schluß heißt es in der Erklärung: Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Lesart die Aufgabe des Reiches als unermessliche Opfer in größtmöglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien in kleinen Gruppen fordert.

Die Sozialdemokratie Deutschlands kampfbereit.

Antwort an Papen.

Der Vorsitzende der SPD., Genosse Bels, veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Kundgebung zu der Regierungserklärung des Herrn von Papen, in der es heißt:

„Sobiel ist klar: eine kleine Schicht von feudalen Monarchisten, auf Schleimwegen mit Unterstützung der Hitler-Bewegung an die Macht in der Republik gelangt, hat den Volksmassen den schärfsten Klassenkampf von oben angelegt. Ihr Vernichtungsfeldzug gegen den „Wohlfahrtsstaat“ wird dabei nicht halt machen vor den Arbeitslosenunterstützungen und Sozialraten, die auch die Mittelschichten des Nationalsozialismus beziehen. Da wird kein Unterschied gemacht werden zwischen „Mazgisten“ und

„Antimazgisten“. Gleiches Elend für alle — mit Ausnahme der Herrschicht —, das ist die wahre Parole dieser Clique! Diese Parole muß und wird den Millionen von proletarischen und kleinbürgerlichen Nachkömmlingen des Hitlerismus die Augen öffnen.

Das Adelskabinett verlangt „innerpolitische Klarheit“. Es soll sie haben. Das wertvolle Volk nimmt den Kampf an!

Rudolf Breitscheid, der sozialdemokratische Fraktionsführer schreibt im „Vorwärts“:

„Das Kabinett Schleicher-Papen ist der Versuch, das System Primo de Rivera ins Deutsche zu übersehen. In Spanien ist das Regime einer geistlosen Diktatur täglich zusammengesackelt. Daß es in Deutschland nicht andauern kann — dafür wird die Arbeiterklasse sorgen.“

Am Dienstag wird der Parteiauschuß zu der neuen innerpolitischen Lage Stellung nehmen.

Chile schüttelt seine Ausbeuter ab.

Ein Revolutionärskabinett führt scharfe Maßnahmen gegen die ausländischen Trusts durch.

Santiago, 6. Juni. Die Revolution, die mit einer Empörung der Fliegertruppe begann, hat zur Abdankung des bisherigen Präsidenten Montero geführt. Montero mußte zugunsten der siegreichen Revolutionäre zurücktreten. Dem neuen Kabinett, zu dessen hervorragendsten Persönlichkeiten der Oberst Grobe als Nationalverteidigungsminister gehört, gehören eine Reihe sozialistischer und auch kommunistischer Minister an. Ministerpräsident ist der frühere Botschafter in Washington Davila. Das Programm der neuen Regierung umfaßt die Besetzung ausländischer Investitionen von den lebenswichtigen Wirtschaftszweigen vor allem der Kupferindustrie, der öffentlichen gemeinnützigen Unternehmungen und der Tabakproduktion. Der Salpeterminen Kosach, dessen Kapital von 375 Millionen Dollar zum größten Teil von Ausländern aufgebracht worden war, soll sofort verstaatlicht werden. Demgegenüber will die Regierung im gegenwärtigen Moment noch nicht zur Konfiskation des Privatvermögens schreiten. Die wohlhabenden Bevölkerungsschichten sollen einer scharfen Besteuerung unterworfen werden, die in Wirklichkeit einer Konfiszierung des Eigentums gleichkommt. Für alle

Staatsbürger soll der Arbeitsdienstzwang eingeführt werden.

Der chilenische Kongreß (Senat und Abgeordnetenkammer) ist von der neuen Regierung aufgelöst worden mit der Begründung, daß er das Proletariat nicht vertritt.

USA ist „besorgt“.

Washington, 6. Juni. Die amerikanische Regierung verfolgt die Entwicklung in Chile mit Besorgnis (1), da die Vereinigten Staaten dort Kapitalien in Höhe von etwa 700 Millionen Dollars investiert haben. Man ist der Ansicht, daß Davila das Programm der Konfiszierung ausländischen Eigentums wirklich durchführen wird.

Berufstätige Ausländer werden aus der Türkei vertrieben.

Ankara, 6. Juni. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz angenommen, demzufolge allen Ausländern die Ausübung eines Gewerbes und jedweder Beschäftigung in der Türkei ausnahmslos verboten wird. Den Ausländern in der Türkei wird eine sechsmonatige Frist zur Liquidierung ihrer Betriebe gewährt.

Die Welt in Aufruhr.

Die Weltkrise bereitet den Boden für eine beispiellose gesellschaftliche Umwälzung vor. Politische Nachschwankungen ohne Gleichen begleiten das Fallen der Preise, die Störungen im Produktionsprozeß und das Anschwellen der Arbeitslosenziffern. Nicht nur in der Sphäre der Wirtschaft, auch im Gefüge der Staaten hat ein wildes Auf- und Abwogen der Kräfte eingesetzt, dessen Ergebnisse vorläufig nicht abzusehen sind. Im Hüllfeuer der Weltkrise wird das neue Antlitz des zwanzigsten Jahrhunderts geprägt.

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen der Krisenperiode ist die Erschütterung der kapitalistischen Plutokratien in der neuen Welt. Bis her ist das politische Leben in den amerikanischen Republiken ausgefüllt worden durch die Intrigen der Ausbeuter- und Offizierskliquen. Besonders auf südamerikanischem Boden waren Staatsstreik und Präsidentenmord seit jeher an der Tagesordnung, die sich so oft vollzogen, als es den nordamerikanischen Geldgebern gefiel. Nun haben die Vereinigten Staaten selber mit großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Zehn Millionen Arbeitslose, die offene Revolte der hungernden Kriegsteilnehmer, die sich in diesen Tagen durch den Marsch der Veteranen nach Washington vollzieht, der Fehlschlag aller bisherigen Krisenbekämpfungsversuche rütteln an den Machtstellungen des Zweiparteiensystems, das bisher die Union beherrschte. Wenn auch das stetige Anwachsen der kleinen sozialistischen Bewegung für die nächste Zeit keine Gefahr für die kapitalistischen Machthaber der Vereinigten Staaten bedeutet, so müssen sie nun befürchten, in ihrem südamerikanischen Einflußbereich empfindliche Einbußen an Geld und Macht zu erleiden. Die letzten Nachrichten über den Sieg einer sozialrevolutionären Bewegung in Chile sind ein Zeichen mehr, daß die Weltkrise auch die jüdische Hälfte der neuen Welt in tiefgehende politische Gärung versetzt hat. Bis her spielten sich die Kaffee- und Kautschukrevolutionen dieser Zone in der gewohnten Form bürgerlich-militärischer Gruppenkämpfe ab. Zum erstenmal in der Geschichte trägt dort — sofern sich die vorliegenden Meldungen bestätigen — ein staatlicher Führungswechsel antikapitalistischen Charakter. Zum erstenmal scheint sich dort ein erfolgreicher Militärputsch im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und gestützt auf die politischen Kräfte der Arbeiterschaft vollzogen zu haben. Man wird abwarten müssen, ob das sozialistische Programm der neuen Diktaturregierung mehr im bolschewistischen oder im nationalen Sinne abfährt. Zweifellos liegt eine der Fernwirkungen der großen spanischen Revolution auf die noch immer geistig und kulturell mit dem Mutterlande eng verbundene lateinamerikanische Welt vor. Die Stoßkraft der Bewegung richtet sich offenbar gegen den verheerenden Einfluß der ausländischen Geldgeber auf die chilenische Wirtschaft. Damit ist den übrigen Tributstaaten Südamerikas ein Vorbild gegeben, welches die New Yorker Bankgewaltigen mit Schrecken und Besorgnis erfüllen dürfte.

Die Feststellung des chilenischen Revolutionärsführers, Davila, daß das kapitalistische System im Sterben liege, ist aus der Perspektive seines Landes zweifellos richtig. Die große Frage der Gegenwart ist, ob die sozialistischen Kräfte schon soweit entwickelt sind, um das Erbe mit Erfolg anzutreten. Auf südamerikanischem Boden, wo die Arbeiterklasse nur in geringem Maße geschult und organisiert ist, wird der Weg der sozialen Revolution noch über manche Schwankungen und Rückschläge führen. Für die Arbeiterklasse Europas ist die chilenische Revolution ein hoffnungsvolles Zeichen, daß der Verlauf der Krise in einem gewissen Stadium auch die

